

Es informiert Sie	Sylvia Habiger
Telefon (0202)	+49 202 563 2336
Fax (0202)	+49 202 563 8531
E-Mail	silke.meuter@stadt.wuppertal.de
Datum	12.02.2019

Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Familie und Gesundheit (SI/1559/19) am 06.02.2019

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Michael Wessel ,

von der CDU-Fraktion

Frau Rosemarie Gundelbacher , Herr Christian Schmidt , Herr Erhard Werner Buntrock ,

von der SPD-Fraktion

Herr Mark Esteban Palomo , Frau Ulrike Fischer , Herr Thomas Kring ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Ilona Schäfer , Herr Sascha Carsten Schäfner ,

von der Fraktion DIE LINKE

Herr Ludger Pilgram ,

von der FDP-Fraktion

Frau Eva Schroeder ,

von der WfW-Fraktion

Frau Monika Kasten ,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Bernd Engels , Herr Reinhard Fliege , Herr Frank Gottsmann , Herr Dr. Christoph Humburg ,
Herr Thomas Isenberg ,

von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kühn , Frau Ute Wenzel , Frau Marianne Krautmacher , Herr Michael Lehnen ,

Schritfführerin:
Sylvia Habiger

Beginn: 16:03 Uhr

Ende: 17:28 Uhr

I. Öffentlicher Teil

- 1 Zugang zu Angeboten der gesundheitlichen Versorgung für Menschen mit Behinderung in Wuppertal barrierefrei gestalten**
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.09.2018
Vorlage: VO/0784/18
- Einstimmig ungeändert beschlossen
-

- 1.1 Zugang zu Angeboten der gesundheitlichen Versorgung für Menschen mit Behinderung in Wuppertal barrierefrei gestalten**
Vorlage: VO/0784/18/1-a
- Einstimmig ungeändert beschlossen
-

- 2 Gewährung existenzsichernder Leistungen ab dem 01.01.2020 für Menschen mit Behinderung, die in stationären Wohnangeboten leben**
Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.01.2019
Vorlage: VO/0087/19
- Herr Lehnen erklärt die ausstehenden Änderungen im Leistungsrecht bezüglich des BTHG ab 01/2020. Die Antwort wird schriftlich nachgereicht.
-

- 3 Umsetzung des Teilhabechancengesetzes**
Vorlage: VO/0031/19
- Herr Lenz erläutert die aktuelle Entwicklung der Umsetzung des Teilhabechancengesetzes im Jobcenter Wuppertal. Die Thematik soll in diesem Jahr nochmals besprochen werden.
-

- 4 Standortprüfung für den Betrieb des Café Cosa**
Zwischenlösung bis zur Fertigstellung des Gebäudes innerhalb des Wupperparks
Vorlage: VO/0056/19
- Die Verwaltung soll die konzeptionelle Weiterentwicklung bezüglich der Streetworker darstellen. Die FDP erklärt sich nicht einverstanden mit dem geplanten Standort (Neubau ja, aber nicht im Wupperpark). Es wird eine geteilte Abstimmung von Seiten der FDP beantragt. Die geteilte Abstimmung wird mehrheitlich abgelehnt (Ja = 1, Nein = 12, Enthaltungen = 0).
-

Abstimmungsergebnis:

Ja = 12, Nein = 0, Enthaltungen = 1, FDP-Fraktion

Zusatzbeschluss: Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung einstimmig bis zur nächsten Ausschusssitzung die Eckpunkte zur konzeptionellen Weiterentwicklung der Arbeit der Streetworker für das Café Cosa festzulegen.

**5 Errichtung der Gebäude "Pavillon" und "Café Cosa" im Wupperpark
Vorlage: VO/0054/19**

Die Drucksache wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**6 Schwer-in-Ordnung-Ausweis: Kostenfreie Bereitstellung von Hüllen für den
Schwerbehindertenausweis durch die Stadt Wuppertal
Vorlage: VO/0011/19**

Der Ausschuss gibt der Verwaltung den Prüfauftrag darzustellen, wie und ob der Schwer-in-Ordnung-Ausweis ausgegeben werden kann.

Einstimmig ungeändert beschlossen

**7 „Starke-Familien-Gesetz“
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 25.01.2019
Vorlage: VO/0086/19**

Herr Dr. Kühn erläutert die Auswirkungen des „Starke-Familien-Gesetzes“. Die Antwort wird schriftlich nachgereicht.

**8 Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes -
Soziale Stadt Oberbarmen/Wichlinghausen
Vorlage: VO/0090/19**

Einstimmig ungeändert beschlossen

**9 Bericht der Fachstelle Inklusionshilfe in Schulen
Vorlage: VO/0110/19**

Herr Dr. Kühn erläutert auf Nachfrage von Frau Schäfer die möglichen Gründe einer Ablehnung eines Antrages und die Begrifflichkeit „Flexipool“, Herr Lehnen ergänzt die Antwort im Bereich der Ablehnungsgründe.

10 Bericht aus dem Beirat der Menschen mit Behinderung

Herr Engels berichtet, dass der Beirat den vorangegangenen Besuch des Oberbürgermeisters Mucke nachbehandelt hat. Ebenso wurde der Schwer-in-Ordnung-Ausweis besprochen und der bereits bekannte Antrag für selbigen gestellt.

Der Beirat plant für den 06.06.2019 und den 12.10.2019 eine Klausurtagung, um eine geplante Satzungsänderung zu erarbeiten.

Anlässlich der Jubiläumssitzung zum 20-jährigen Bestand des Beirats der Menschen mit Behinderung erhielt der Beirat eine Einladung von Oberbürgermeister Mucke.

11 Bericht aus dem Seniorenbeirat

Frau Gundelbacher berichtet über zwei Punkte aus dem Seniorenbeirat:

- Frau Jastremski und Herr Kraaz von der Caritas haben einen Vortrag zum Thema „Suchtrisiken im Alter“ gehalten. Wichtig ist hier die Weiterinformation für betroffene/interessierte Personen, welche z. B. durch den Aushang bei Ärzten oder die Auslage von Broschüren erfolgen könnte.
- Herr Radermacher vom ehrenamtlichen Team Seniorensicherheit hat Informationen zu seinem Team und deren Tätigkeit gegeben. Insbesondere zum Thema Sicherheit im Alter und neue Tricks, mit denen man älteren Bürger*innen Schaden zufügen könnte.

12 Bericht aus der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz

Frau Krautmacher berichtet über die Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz:

- Es wurden von verschiedenen Einrichtungen (Krankenhäuser, Krankenkassen und Pflegeeinrichtungen) Erfahrungsberichte zum Rahmenvertrag Entlassmanagement vorgestellt.
- Zum Antrag, ein Modellprojekt „Cannabis in Wuppertal“ durchzuführen, wurden in der Konferenz fachliche Stellungnahmen gesammelt, die in die nächste Ausschusssitzung als Informationsvorlage eingebracht werden.
- Durch Herrn Benn vom Jobcenter wurde der neue Sachstand mit Maßnahmen des Jobcenters zum Präventionsgesetz vorgestellt.

13 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Lehnen berichtet über die räumliche Zusammenführung der sozialhilferechtlichen Leistungsgewährung für Menschen, die in ihrer eigenen Wohnung leben, im Gebäude Friedrich-Engels-Allee 76 (ehemaliges Versorgungsamt).

14 **Verschiedenes**

Herr Pilgram fragt an, ob es der Tatsache entspreche, dass bei Grundsicherung 8 €/Stunde für Haushaltshilfen gezahlt würden. Er zeigt sein Unverständnis darüber, da dieser Satz nicht kostendeckend sei und auch unterhalb des Mindestlohnes liegt. Wenn dem so ist bittet er um weitere Informationen.

Stv. Michael Wessel
Vorsitzender

Sylvia Habiger
Schriftführerin